

ÖDP Rede Klaus Mrasek LHA Regensburg 18.02.2017

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der Ökologisch-Demokratischen Partei ÖDP,
ich darf Sie ganz herzlich zum diesjährigen Landeshauptausschuss der bayerischen
ÖDP mit der besonderen Vertreterversammlung zur Aufstellung der
Bundestagswahlliste hier in Regensburg begrüßen.

Gedenken für zwei verstorbene Parteifreunde:

Liebe Anwesende, es ist meine traurige Pflicht, an zwei verstorbene Parteifreunde zu
erinnern, die unsere ÖDP von den Aufbaujahren beginnend bis in unsere Gegenwart
immer unterstützt haben.

Gerhard Gottschalk aus meinem Kreisverband Amberg-Sulzbach trat am 16.02.1987
in die ÖDP ein, in all den Jahren hat er die unterschiedlichsten Ämter und Funktionen
in der ÖDP ausgeübt, zuletzt als Beisitzer im Kreisvorstand und Delegierter auf
Landes- und Bundesebene. Gerhard war außerdem einer meiner engsten Freunde.
Am 29.12.2016 ist er im Alter von 53 Jahren völlig überraschend verstorben.

Ludwig Gaßner aus dem Kreisverband Pfaffenhofen trat am 04.07.1986 in die ÖDP
ein. Als Kreisvorsitzender hat er der ÖDP vor Ort ein Gesicht gegeben. Ludwig
Gaßner war vielfältig engagiert u. a. als Pfarrgemeinderat, in der Musikkapelle, im
Eine-Welt-Laden. Am 10.01.2017 ist er im Alter von 64 Jahren völlig überraschend
verstorben.

Wir verlieren mit Gerhard Gottschalk und Ludwig Gaßner überzeugte Ökologen und
aufrichtige Demokraten. Wir wollen ihrer in einer stillen Minute gedenken und
schließen auch ihre Angehörigen darin ein. Ich darf Sie bitten, sich dazu von Ihren
Plätzen zu erheben.

Vielen Dank!

Antritt zur Bundestagswahl:

Liebe Parteifreunde, mit der Bundestagswahl beginnt für die ÖDP Bayern ein
Wahlmarathon. Bis 2021 haben wir jedes Jahr eine Wahl zu bestreiten. Das ist für
uns als Partei der Ehrenamtlichen eine echte Herausforderung. Umso mehr freut es
mich, dass Sie, liebe Aktive, die Bundestagswahl mit Elan angehen. Das beweist
bereits die Anzahl der Direktkandidaten. Wir treten in 40 von 46 Wahlkreisen mit
Direktkandidaten an und der eine oder andere Kandidat wird noch dazu kommen.
Heute stellen wir die bayerische Landesliste zur Bundestagswahl auf. Das wäre
natürlich zu einfach, deshalb hat uns der Gesetzgeber noch zur Sammlung von
insgesamt 2000 Unterstützungsunterschriften verpflichtet, wohlgermerkt zusätzlich zu
den jeweils 200 Unterschriften für jeden Direktkandidaten. In der nächsten ÖP wird
eine Beilage enthalten sein mit den benötigten Formularen, so dass die
Unterschriftensammlung zügig abgeschlossen werden kann.

Als größter Landesverband wollen wir auch den anderen Landesverbänden bei ihrem
Antritt helfen. Im Eingangsbereich liegen Formulare für die anderen Bundesländer

auf. Falls Sie Bekannte in diesen Ländern haben, können Sie die Vordrucke mitnehmen und Ihren Bekannten zusenden. Wer persönlich in anderen Landesverbänden helfen möchte, möge sich bitte in der LGSt melden. Dafür bereits an dieser Stelle besten Dank für Ihre Unterstützung.

Liebe Parteifreunde, wir werden wieder einen Bundestagswahlkampf erleben, in dem die beiden wichtigsten Aufgaben der Politik keine Rolle spielen werden. Diese beiden wichtigsten Aufgaben sind die ökologische Stabilisierung unseres Planeten und damit in engem Zusammenhang die gesellschaftliche Stabilisierung. Dafür bleibt uns ein Zeitfenster von ca. 20 Jahren. Wie in allen zurückliegenden Jahrzehnten wird man aber bedauerlicherweise keine Kapazitäten haben, diese Aufgaben in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen, weil zuerst tagespolitische Fragen behandelt werden müssen. Der Wahlkampf wird also um die innere Sicherheit und die Flüchtlinge kreisen. Wir müssen die Chance nutzen, uns mit unserer Themensetzung davon abzugrenzen. Unser Ziel ist eine ausschließlich am Gemeinwohl orientierte Politik zusammengefasst in den Satz „Mensch und Planet vor Profit!“. Und das gilt für uns nicht nur innerhalb unserer eigenen Gesellschaft, sondern auch für unsere Beziehungen zu anderen Staaten. Aus diesem Ziel folgen unsere Forderungen. Wir fordern die Gemeinwohlökonomie – das ist übrigens die Verfassungslage. Sowohl das Grundgesetz als auch die Bayerische Verfassung enthalten die Gemeinwohlökonomie. Inhaltlich gehören dazu unsere Steuerreform für Arbeit und Umwelt, die Finanztransaktionssteuer, keine steuerliche Privilegierung von Kapitaleinkünften und die Besteuerung von Unternehmen nach ihrer Gemeinwohlbilanz. Fairhandel statt schrankenlosem Freihandel, gemeinsam mit dem Waffenexportverbot die wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursachen. Unser Parteifreund Thomas Prudlo hat uns ja über die CETA-Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs informiert. Eine am Gemeinwohl orientierte Politik muss den Lobbyismus einschränken und endlich Firmenspenden an Parteien verbieten. Ökologische Stabilisierung des Planeten heißt vor allem die Überhitzung des Planeten zu verhindern, raus aus der Kohleverbrennung bis 2023 – herzlichen Dank an die ÖDP München für ihr Bürgerbegehren „Raus aus der Steinkohle!“, 100 Prozent Erneuerbare Energien in allen Sektoren und keine Ausweitung des Flugverkehrs. In Europa muss der Grundgedanke für die Zusammenarbeit wiederbelebt werden – die Abkehr vom lebensgefährlichen Irrweg des Nationalismus, der die Völker Europas in der Vergangenheit in Krieg und Elend gestürzt hat. Und wir dürfen Hass und Gewalt nicht hinnehmen – gerade die verbale Radikalisierung in den (a)sozialen Netzwerken muss konsequent geahndet werden.

Aktuelles aus der Politik:

Liebe Parteifreunde, Sie erinnern sich sicherlich noch an die erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative EBI gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Aktuell haben verschiedene Verbände eine EBI angestoßen, die von der Bedeutung her mit der Trinkwasser-EBI vergleichbar ist. Es geht um die Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat. Hintergrund ist die Ende 2017 anstehende Entscheidung, Glyphosat weitere 10 bis 15 Jahre zuzulassen. Es geht nicht nur um den (noch nicht endgültig bewiesenen) Zusammenhang mit Krebserkrankungen beim Menschen – allein ein solcher Verdacht müsste aus Gründen der Gefahrenvorsorge zum Verbot von Glyphosat führen – es geht vor allem auch um die drastischen Angriffe auf die Artenvielfalt in Flora und Fauna. 2012

wurden allein in Deutschland 6.000 Tonnen Glyphosat abgesetzt. Im 21. Jahrhundert ist der Einsatz eines solchen Totalherbizids nicht mehr akzeptabel – wir haben schon zu viele Arten verloren. Weitere Informationen finden sich auf der Homepage der EBI, einfach EBI Glyphosat in die Suchmaschine eingeben. Liebe Vorsitzende, liebe Aktive, bitte unterstützen Sie diese Aktion, informieren Sie die Bürgerinnen und Bürger darüber. Bis Ende Juni sollen eine Million Unterschriften gesammelt werden, aktueller Stand ca. 275.000.

Von Glyphosat zur Landwirtschaft allgemein ist es ja nur ein kleiner Schritt. Keine Angst, ich habe jetzt keine neue Bauernregel zum Glyphosat formuliert. Momentan läuft ja bayernweit die organisierte Entrüstung von BBV, CSU und JU zu den neuen Bauernregeln von Frau Hendricks. BBV, CSU und JU – das sind genau die Organisationen, die die Existenzkrise der bäuerlichen Familienbetriebe durch ihre völlig verfehlte Agrarpolitik zu verantworten haben. Zum Glück kommt da die Kampagne von Frau Hendricks daher und man kann mit voller Inbrunst Krokodilstränen über die verfolgte Unschuld Landwirtschaft vergießen. Liebe Bäuerinnen, liebe Landwirte, hütet Euch vor falschen Freunden, die Euch über Jahrzehnte in die falsche Richtung getrieben haben. Die ÖDP Bayern bietet der Landwirtschaft die Hand mit einem klaren Angebot: Existenzsichernde Bezahlung für Gemeinwohlleistungen an Boden, Grundwasser und Artenvielfalt! Im Gegenzug Befreiung vom „Wachsen oder Weichen“-Zwang, keine Weltmarktkonkurrenz, keine neuen Absatzmärkte in China usw. Unser ÖDP-Konzept würde die Lage für alle verbessern; für die bäuerlichen Familienbetriebe, für die Verbraucher, für die Nutztiere, für die Artenvielfalt, für das Grundwasser – unser Konzept ist im besten Sinne ein Gemeinwohlkonzept.

Liebe Parteifreunde, demnächst steht im Landtag die Entscheidung zum Landesentwicklungsprogramm an – es darf nicht zur Landeszerstörungsprogramm deformiert werden. Falls der von „Heimatminister“ Söder betriebene Wegfall des Anbindegebots in Kraft tritt, wird sich die Zerstörung unserer bayerischen Heimat nochmals beschleunigen – die Grenzen zwischen Siedlungsbereichen und der freien Landschaft werden sich endgültig auflösen, ein Siedlungsbrei ohne Anfang und ohne Ende wird sich entwickeln. Wir haben ja in vielen Kommunen Anträge zu der vorgeschlagenen LEP-Änderung eingebracht, die in vielen Fällen erfolgreich waren. Quer durch (fast) alle Parteien wurde erkannt, dass diese Konkurrenzsituation, in die die Kommunen dadurch getrieben werden, in keiner Weise günstig ist. Vor der Abstimmung müssen wir nochmals Druck aufbauen und auf die unabsehbaren Folgen dieses Dammbrochs hinweisen.

Nochmals zurück zu Frau Hendricks und ihren neuen Bauernregeln. Frau Hendricks, bitte nehmen Sie ihre Kampagne zum Naturschutz wieder auf, allerdings nicht mit neuen Bauernregeln, sondern mit neuen Politikerregeln. Ich erlaube mir schon einmal einen Textvorschlag:

Minister Söder hätte gern,
Bayern als Logistik-Stern:
Die Wiese mit Beton begossen,
asphaltiert und voll erschlossen.
Bald ist alles Autobahn:
Dank Söder-Dobrindt-Wachstumswahn.

Und noch eine Anregung. Binden Sie die Bevölkerung ein – Sie werden staunen, welche kreativen Vorschläge Sie im Land der Dichter und Denker erhalten werden!

45 sind die neuen 50:

Seit dem Amtsantritt von Donald Trump am 20.01.2017 gilt für jede politische Rede, dass der neue US-Präsident auftauchen muss und Sie sehen es ja, das tut er auch bei mir. Im Zusammenhang mit dieser Wahl haben wir uns ja alle darüber mokiert, dass Trump aufgrund des anachronistischen US-Wahlsystems gewählt wurde, obwohl seine Konkurrentin Hillary Clinton über 3 Mio. Stimmen mehr erhalten hat. Und da hat mich Helmut Kauer auf ein interessantes Phänomen unseres Landtagswahlrechts aufmerksam gemacht. Was ist eigentlich davon zu halten, dass der CSU bereits 45 Prozent der Stimmen reichen, um mehr als die Hälfte der Mandate zu erhalten? Unsere Forderung muss lauten: Absolute Mehrheit der Mandate erfordert die absolute Mehrheit der Stimmen.

Korruptionsskandal in Regensburg:

Liebe Parteifreunde, als wir Regensburg als Tagungsort für unseren LHA festgelegt haben, konnten wir nicht ahnen, welche dramatische Entwicklung der Korruptionsskandal nehmen würde. Seit dem 18. Januar sitzen OB Wolbergs und Immobilienunternehmer Tretzel wegen Korruptionsverdachts in Untersuchungshaft. Bundesweite Schlagzeilen waren die Folge, die Politikverdrossenheit dürfte in Regensburg neue Höchststände erreicht haben. Und wie üblich werden dann alle über einen Kamm geschoren – alle Politiker sind gleich, alle Parteien sind gleich. Und genau das sind sie nicht. Ich gratuliere unseren Parteifreunden in Regensburg, insbesondere unseren Stadträten Astrid Lamby, Benedikt Suttner und Jockl Graf zu ihrer konsequenten Haltung. Sie haben sich nicht in die Wolbergs-Koalition einbinden lassen. Lieber Benedikt, ich gratuliere Dir zu Deinem Auftritt in der Fernsehsendung „Jetzt red i“. Dort hast Du Dir gegen den Moderator das Rederecht erkämpft und dann die entscheidenden Forderungen gestellt: Vier-Augenprinzip bei allen Vergaben, Offenlegung aller Firmenspenden, Verbot aller Firmenspenden, da eine Firma kein Mitglied einer Partei sein kann, eine Firma nicht gewählt werden kann und eine Firma immer dem Unternehmenswohl verpflichtet ist. Deinen Beitrag kann man in der BR-Mediathek jederzeit anschauen, ab Minute 30 der Aufzeichnung wird's interessant.

Liebe Parteifreunde, uns geht es losgelöst vom konkreten Fall in Regensburg um etwas Grundsätzliches. Schauen Sie sich das Bild an, das auf einem CDU-Parteitag aufgenommen wurde. Dort sind die „Partner“ der CDU aufgeführt, die sich ihre „Partnerschaft“ sicher etwas haben kosten lassen. So eine Aufstellung von Partnern werden Sie bei der ÖDP nicht finden. Gestern haben wir gemeinsam mit den Regensburger Parteifreunden unsere Großflächenplakataktion vorbestellt. Die beiden Plakattafeln befinden sich sinnigerweise an der Franz-Josef-Strauß-Allee in unmittelbarer Nähe des „Tretzel-Stadions“. Die ÖDP kämpft seit ihrer Gründung für eine saubere Trennung von Politik und Wirtschaft. Gerade die Vorkommnisse in Regensburg zeigen, wie dringend notwendig ein Verbot von Firmenspenden an Parteien ist. Wir fordern, dass die strengen Regeln der Korruptionsprävention für die Verwaltung und die Justiz auch für die dritte Staatsgewalt, die Gesetzgebung, gelten! Der Korruptionsskandal in Regensburg ist ein Weckruf, das Grundübel Firmenspenden an Parteien endlich gesetzlich zu verbieten.

Liebe Parteifreunde, der Korruptionsskandal in Regensburg ist eine ernste Angelegenheit, trotzdem oder gerade deswegen darf man den Humor nicht verlieren. Das hat sich vermutlich auch OB Wolbergs gedacht, als er die Regensburger Antikorruptionsrichtlinie angestoßen hat. Daraus möchte ich Ihnen den Leitfaden für Führungskräfte vorstellen:

Anlage 4

Leitfaden für Führungskräfte gegen Korruption. Führungskräfte haben Vorbildfunktion für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es zählt zu den Führungsaufgaben, Korruptionsgefahren entgegenzuwirken und korrupte Verhaltensweisen aufzudecken. Der vorliegende Leitfaden soll Sie in Ihrer Führungsfunktion unterstützen; er zeigt Einfallstore für Korruption auf und gibt Hinweise für das verantwortungsbewusste Verhalten von Vorgesetzten.

- 1.
Werden Sie sensibel für Korruption. Prüfen Sie ernsthaft, ob es Korruption in Ihrem Bereich geben könnte.*
- 2.
Machen Sie Ihre persönliche Ablehnung gegen Korruption deutlich,*
- 3.
Bilden Sie sich zum Thema Korruptionsprävention fort. Machen Sie sich mit Motiven für korruptes Verhalten, den Erscheinungsformen der Korruption, den rechtlichen Konsequenzen sowie Präventionsmaßnahmen vertraut.*
- 4.
Wenden Sie die Regeln für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch für sich selbst konsequent an.*
- 5.
Hinterfragen Sie kritisch alle „Privilegien“, die Sie haben.*
- 6.
Sensibilisieren Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bezug auf Korruptionsgefahren und weisen Sie sie auf das richtige Verhalten in Korruptionssituationen hin. Stärken Sie das Problem-, Verantwortungs- und Unrechtsbewusstsein.*
- 7.
Die Korruptionsbekämpfung erfordert eine aufmerksame und konsequente Dienst- und Fachaufsicht.*
- 8.
In besonders gefährdeten Arbeitsgebieten erfordert Korruptionsprävention auch eine erhöhte Fürsorge für Ihre Mitarbeiter.*
- 9.
Achten Sie auf eine klare Festlegung der Entscheidungsspielräume.*
- 10.
Handeln Sie bei Verdacht auf Korruption konsequent und sofort.*

Was haben private Verfehlungen von prominenten Parteimitgliedern und systemische politische Korruption gemeinsam und worin liegen die Unterschiede?

Beide Phänomene sind für die demokratische Gesellschaft gefährlich, weil sie die Wertschätzung und die Motivation zur Beteiligung schwächen. Sie unterscheiden sich aber dennoch gravierend:

Privates Fehlverhalten wird niemals ganz ausgeschlossen werden können. Die Fehlerhaftigkeit des Menschen ist nicht abzustellen. Deshalb ist zu erwarten, dass in jeder größeren Gruppe Individuen zu finden sind, deren Verhalten sich irgendwann nicht nur als fehlerhaft oder unangenehm, sondern sogar als schwer kriminell herausstellt.

Systemische Korruption wie z. B. die Akzeptanz und das aktive Einwerben von Firmen- und Verbandsspenden durch Politiker und Parteien, ist im Gegensatz zu individuellem Fehlverhalten einzelner Parteimitglieder vermeidbar. Man kann sich von solcher Einflussnahme freihalten, man kann solches Verhalten auch per Gesetz und Satzung verbieten.

Warum stehen für uns solche Spenden juristischer Personen unter dem Verdikt „systemische Korruption“? Weil Konzerne, Firmen und Verbände eigentlich nur Geld ausgeben dürfen, wenn damit die Förderung der eigenen Interessen verbunden ist! Juristische Personen haben kein Wahlrecht. Sie dürfen nicht Mitglied einer Partei werden. Es wäre nur logisch, dass nur natürliche Personen mit Wahlrecht und Mitgliedsrechten Spenden an Parteien und Parteistiftungen geben dürfen.

Dass eine seriöse Zeitung wie die SZ diese Unterschiede beiseite wischt und unseren aktiven Einsatz gegen systemische, politische Korruption mit dem Ermittlungsverfahren gegen Hermann Schweiger in Beziehung setzt, ist mehr als bedenklich: Die Ermittlungen gegen Herrn Schweiger haben nichts aber auch gar nichts mit unserer Selbstverpflichtung zur Verweigerung von Firmen- und Verbandsspenden zu tun. Sie haben auch nichts zu tun mit unserer politischen Forderung, solche Spenden generell zu verbieten. Sie haben nichts zu tun mit den wichtigen Aufklärungsanträgen unserer Regensburger Stadtratsfraktion, über die die SZ systematisch schweigt. Sie zitiert zwar Vertreter von kleinen Parteien, die sich an Wolbergs und die SPD in Koalitionsverträgen gebunden haben; sie ignoriert aber unsere Stadträte, die wohlweislich von Anfang an ihre Unabhängigkeit im Regensburger Stadtrat bewahrt haben.

Noch einmal: Kriminelles Verhalten von einzelnen Parteimitgliedern ist schlimm, verwerflich und in jeder Hinsicht demokratie-schädlich, aber wegen der menschlichen Natur leider nicht absolut vermeidbar. Systemische Korruption ist ebenfalls schlimm und demokratieschädlich – sie könnte aber mit klaren Gesetzen abgestellt werden.

Würdigung Roswitha Bendl:

Liebe Parteifreunde, es ist mir eine große Ehre, Roswitha Bendl zum Bundesverdienstkreuz zu gratulieren. In unserer Pressemeldungen haben wir geschrieben „Mehr Roswithas braucht das Land Bayern, ihr Engagement ist mustergültig, die Auszeichnung hochverdient.“ Liebe Roswitha, ich freue mich über Deine Auszeichnung mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland. Du bist ein Urgestein der bayerischen ÖDP und warst und bist auf allen Ebenen der Partei aktiv und unverzichtbar. Die Leitidee der bayerischen Verfassung ist das Gemeinwohl. Du zeigst mit Deinem Engagement in Kirche und Politik eine mustergültige Umsetzung dieser Leitidee. Dein Laudator, CSU-Staatssekretär Sibler, geriet bei der Verleihung der Auszeichnung regelrecht ins Schwärmen. Bemerkenswert war der Umstand, dass er Deine ÖDP-Aktivitäten ausführlich erwähnt hat. Das war bei Bernhard Suttner völlig anders, dort wurde die ÖDP todgeschwiegen. Liebe Roswitha, wir sind stolz auf Dich.

Auszeichnung Alfred Damm mit dem goldenen Reißnagel:

Liebe Parteifreunde,

wir haben beim letzten kleinen Parteitag in Erding eine neue Tradition begründet. Wir wollen künftig bei unseren Delegiertenversammlungen besonderes Engagement und politischen Erfolg herausstellen und verdiente Mitglieder mit einem Preis der ÖDP Bayern auszeichnen – dem goldenen Reißnagel.

Das Thema Fleisch und Tierschutz hat in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert. Und so unterschiedlich die individuellen Ernährungsweisen der Verbraucherinnen und Verbraucher auch sein mögen, so eint sie in überraschend deutlichem Ausmaß eine ethische Grundposition zur Nutztierhaltung: Wenn Tiere für unser Essen sterben müssen, sollen sie vorher gut gelebt haben und gut behandelt werden. Dieser Auffassung stimmt eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung zu.

Das deutsche Tierschutzgesetz folgt dem Grundsatz, dass niemand "einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen" darf. Der Tierschutz ist seit 2002 in Deutschland sogar als Staatsziel im Grundgesetz verankert. In der landwirtschaftlichen Tierhaltung bleibt dies in vielen Fällen folgenlos. Wie ist es möglich, dass trotz dieser gesetzlichen Grundlagen beispielsweise Geflügelmastanlagen genehmigt werden? Weil es um die Stärkung des Wirtschaftsstandortes geht?

Wer gegen die Geflügelmastanlage ist, schwächt den Standort, sagt beispielsweise der CSU-Oberbürgermeister Andreas Feller aus Schwandorf. Und das ist auch die uns überall im Land in solchen oder ähnlichen Fällen vertraute Logik seiner Partei.

Doch mutige und kritische ÖDP-Mandatsträger stellen sich dem entgegen: Sind Sie dafür, dass die Stadt Schwandorf alle Möglichkeiten ergreift, damit auf dem Gebiet Kapflhof keine Geflügelmastanlage errichtet wird? Mit dieser Fragestellung startete ein Aktionsbündnis unter maßgeblicher Mitwirkung der ÖDP ein Bürgerbegehren in der Stadt Schwandorf. 73,3 Prozent der Abstimmenden unterstützten das Begehren und verpflichteten die Stadt, die Beschlüsse zur Ausweisung eines Sondergebietes wieder aufzuheben. "Die Mehrheit hat entschieden. Dass die Schwandorfer diese Art der Massentierhaltung nicht wollen, ist ein wichtiges Zeichen. Ich bin froh, dass dieses Thema endlich ins Bewusstsein der Bürger gebracht worden ist", erklärte ÖDP-Stadtrat Alfred Damm am Wahlabend unmissverständlich.

„Moralisches Handeln ist dasjenige Handeln, das nicht eigennützig, sondern altruistisch ist. Sein Motiv ist gerade nicht das eigene Wohl, sondern direkt das Wohl und Wehe anderer Wesen“, sagte der deutsche Philosoph Arthur Schopenhauer. Alfred Damm und die Schwandorfer ÖDP haben mit anderen Mitstreitern „das Wohl und Wehe anderer Wesen“ hoch gehalten. Ein Erfolg für den Tierschutz dank beharrlichen ÖDP-Engagements.

Dafür, lieber Alfred, erhältst Du heute den Goldenen Reißnagel - als Anerkennung der ÖDP Bayern.

(Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme von Alfred Damm)

Schlusswort:

Liebe Mitstreiter,
leider kann ich krankheitsbedingt nicht am heutigen LHA teilnehmen und bitte dafür um Euer Verständnis. Ich wünsche mir einen guten Verlauf unserer Veranstaltung, gute Entscheidungen und motivierende Eindrücke.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

F.d.R.
Klaus Mrasek